



Protokoll der 17. Sitzung des Einwohnerrates

vom 5. April 2006, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Bernhard Fröhlich, Peter Furrer, Jaqueline Hauser Lüthi, Regula Nebiker, Orla Oeri-Devereux, Stefan Saladin

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinie „Erzenberg / Obere Brunnmatt / Leisenberg / Rankweg“: Anpassungen des Perimeters ZP Siedlung und Mutation der Waldabstände <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2006/85
2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulanlage Frenkenbündten: Aus- und Umbauten diverser Räume (Einbau Schulküche, Metallwerkstatt und andere Räume) – Projekt- und Kreditgenehmigungen <i>://: Anträge des SR genehmigt.</i>	2006/81 2006/81a
3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplan Bahnhofareal 1 <i>://: Antrag des SR genehmigt.</i>	2006/76 2006/76a
4. Bericht des Stadtrates zur dringlichen Motion betreffend Fristerstreckung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung von Pascal Pochet namens der FDP-Fraktion <i>://: Motion abgeschrieben.</i>	2006/83 2006/83a
5. Zwischenbericht des Stadtrates zur Motion betreffend Ergänzung im Reklamereglement von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion <i>://: Vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.</i>	2005/46 2005/46a
6. Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Anknüpfung des Muzachquartiers ans Stedtli von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal <i>://: Postulat abgeschrieben.</i>	2005/52 2005/52a
7. Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Fussgänger- und Velo-Verbindung zur neuen Kantonsbibliothek von Erika Eichenberger, Grüne Liestal <i>://: Postulat abgeschrieben.</i>	2005/59 2005/59a

8. Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Verkleinerung Begegnungszone von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion 2005/61
://: Antrag aus dem Einwohnerrat auf Verzicht auf eine Schwelle auf der See-
strasse angenommen. 2005/61a
://: Postulat abgeschrieben.
9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist namens 2006/78
der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bauverzögerung Kantinenweg
://: Erledigt.
10. Postulat von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion betreffend Stei- 2005/73
nenbrüggli
://: Vertagt.
11. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation zu den Auswirkungen der 2006/80
GATS-Verträge auf die Stadt Liestal von Jürg Holinger und Astrid Basler 2006/80a
namens der Grünen Fraktion
://: Vertagt.
12. Postulat von Astrid Basler und Jürg Holinger namens der Grünen Frakti- 2006/79
on betreffend Mobilfunkantennen und Antennenstandorte
://: Vertagt.
13. Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Fuss- 2006/82
gängerstreifen mit einheitlicher Beleuchtung
://: Vertagt.
14. Fragestunde

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen April-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. September 2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Da Stadtpräsidentin Regula Gysin und Stadtrat Peter Rohrbach die heutige Sitzung bereits um 19.15 Uhr verlassen, muss die Fragestunde entsprechend früh stattfinden. Die Pause wird deshalb auf 18.30 Uhr angesetzt.
- Das Ziel des Einwohnerratspräsidenten ist, die heutige Traktandenliste bis und mit Traktandum Nummer 9 abzuarbeiten.
- Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation „Kostenexplosion in der Sozialhilfe“ an der Einwohnerratssitzung vom 22. Februar 2006 entwickelte sich im Büro eine Diskussion darüber, ob bei komplexeren Zusammenhängen nicht grundsätzlich eine schriftliche Antwort auf Interpellationen angezeigt wäre, auch um die Diskussion im Rat zu verbessern und vielleicht zu verkürzen. Das Büro regt an, dass in Zukunft die Interpellanten bzw. Interpellantinnen entscheiden, ob sie eine schriftliche Antwort erwarten. Es geht nicht darum, den Mitgliedern des Stadtrates die Möglichkeit zu nehmen, sich ausführlich im Rat zu äussern, sondern um eine Verbesserung der Behandlung von Interpellationen. Es dürfte ohnehin die Regel sein, dass sich der Stadtrat bei der Beantwortung einer Interpellation auf einen Bericht aus dem zuständigen Departement stützt. Gemäss Geschäftsreglement für den Einwohnerrat kann der Stadtrat sowohl mündlich als auch schriftlich antworten (§ 45 Abs.3).
- Die provisorisch vorgesehene Einschaltsitzung vom 26. April 2006 wird nur bei Vorliegen einer Dringlichkeit durchgeführt. Gewisse Geschäfte dürfen stehen bleiben. Wenn die Sitzung von heute normal verläuft, wird es keine Einschaltsitzung geben. Anstelle einer Einschaltsitzung wäre auch denkbar, im Mai eine längere Sitzung bis 21 Uhr mit zwei Pausen anzusetzen. Der Einwohnerratspräsident wird den Rat nach der Pause über die Entscheidung informieren.
- Bezüglich des Themas „Verabschiedete Geschäfte mit Zusatzaufträgen an den Stadtrat“ gibt es sechs Pendenzen. Die Haltung des Stadtrates und des Stadtverwalters liegt vor; ein entsprechendes Papier ist über das Büro an die Fraktionen verteilt worden. Der Einwohnerratspräsident bittet die Fraktionen, dieses Papier zu besprechen und bis zur Bürositzung vom 11. Mai 2006 jeweils eine kurze Stellungnahme abzugeben, am besten schriftlich oder per Mail an die Ratschreiberin. Ziel ist, dieses Geschäft für die Mailsitzung zu traktandieren, damit der Einwohnerrat darüber beschliessen kann.
- Zu den Postulaten betreffend „Migranten- und Migrantinnenparlament“ (Nr. 2004/7) und „Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee“ (Nr. 2004/11) stehen die abschliessenden Berichte des Stadtrates noch aus.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|------------------------------|
| - Susanne Greiner | Seite FDP |
| - Regina Vogt | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Elisabeth Augstburger | Mitte, Büro |
-

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Bauernmarkt (Nr. 2006/84);
- Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Durchführung eines Audits über die Reorganisation der Sozialen Dienste (Nr. 2006/86);
- Motion von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Änderung der gebührenpflichtigen Parkierungszeiten (Nr. 2006/87).

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, er werde über die Lärmschutzwände der SBB sowie über die diversen Quartierpläne informieren. Die Lärmschutzwände von Lausen bis Frenkendorf seien neu profiliert worden. Gegenüber den ursprünglich vorgesehenen Wänden gebe es markante Veränderungen. Sowohl Private als auch die Stadt hätten erfolgreich interveniert. Das Bundesamt für Verkehr habe die Einsprachen vollumfänglich gedeckt. Die öffentliche Planaufgabe werde vom 25. April bis 25. Mai 2006 durchgeführt. Man solle sie wieder kritisch betrachten und könne auch wieder Einsprachen machen. Was die Quartierpläne betreffe, so werde der Quartierplan Bahnhof 1 heute im Rat behandelt. Der Quartierplan Bahnhof 2 befinde sich auf gutem Weg. Er überhole bald den Quartierplan Bücheli, nicht zuletzt durch die gute Zusammenarbeit von Architekten, Stadt, Kanton und auch der Grundeigentümer. Beim Quartierplan Bücheli, Teil 2, nähere man sich dem Studienwettbewerbs-Resultat an. Das sei ein positives Zeichen. Beim Teil 1 liege das Problem noch immer bei Grundeigentumsfragen. Man müsse überlegen, welche härtere politische Gangart einzuschlagen sei.

Traktandenliste

Auf Wunsch von Jürg Holinger (GL) soll das Traktandum Nr. 11 (Interpellation zu den Auswirkungen der GATS-Verträge auf die Stadt Liestal von Jürg Holinger und Astrid Basler namens der Grünen Fraktion, Nr. 2006/80) heute nicht behandelt werden.

125 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

1. Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinie „Erzenberg / Obere Brunnmatt / Leisenberg / Rankweg“: Anpassungen des Perimeters ZP Siedlung und Mutation der Waldabstände (Nr. 2006/85)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Mit dem neuen Bundesgesetz über den Wald aus dem Jahre 1991 wurden die Waldränder entlang der Baugebietsgrenzen und innerhalb des Baugebiets als statische Grenze erklärt. Die Gemeinden wurden aufgefordert, in ihren Baugebieten die Waldränder entsprechend den vorhandenen Tatsachen festzulegen (Waldfeststellung). Dies wurde im Gemeindebann Liestal in den Jahren 1998 bis 1999 unter der Leitung des Kantonsforstamtes durchgeführt und in den Jahren 1999 bis 2001 von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion genehmigt. Grenzte das Baugebiet der Stadt Liestal an den Wald, wurden im Laufe der Jahre Waldbaulinien festgelegt. Diese sind teilweise bis zu dreissig Jahre alt. Durch die Waldfeststellungen widersprechen einzelne Abschnitte der Waldbaulinien dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz aus dem Jahre 1999 sowie der kantonalen Waldgesetzgebung. Einzelne Teile liegen im Waldareal und andere Teile zu nahe am Waldrand. Sie sind somit rechtlich nicht mehr relevant und verunsichern Grundeigentümer, Bauherrschaft und Verwaltung. Aufgrund diverser anstehender Bauvorhaben im Waldabstandsbereich hat der Stadtrat beschlossen, sämtliche Waldbaulinien einer Prüfung zu unterziehen und den neuen gesetzlichen Gegebenheiten anzupassen.

In einer ersten Etappe wurde die Waldbaulinie „Im Langen Hag“, Mutation Spitzacker, am 31. August 2005 dem Einwohnerrat vorgelegt und am 17. Januar 2006 vom Regierungsrat genehmigt. In der zweiten Etappe sollen nun die Waldbaulinien entlang dem Schleifenberg angepasst werden. Aufgrund des Waldfeststellungsverfahrens muss gleichzeitig auch der Perimeter des Zonenplanes Siedlung angepasst werden, da im Waldareal kein Baugebiet möglich ist.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Die Mutationen zu den Waldbaulinienplänen „Erzenberg / Obere Brunnmatt / Leisenberg / Rankweg“, verbunden mit Anpassungen beim Perimeter des Zonenplanes Siedlung, werden beschlossen.

Franz Kaufmann (SP) äussert, seine Fraktion sei dafür, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Dafür gebe es zwei Gründe: Erstens werde der BPK in der Vorlage in Aussicht gestellt, dass sie weitere Planunterlagen erhalte. Die SP-Fraktion sei ausserdem der Meinung, dass gewisse Elemente der Vorlage zu überdenken seien.

Jürg Holinger (GL) sagt, die Grüne Fraktion sehe noch einen dritten Grund für eine Überweisung an die BPK: Es würden weitere ähnliche Vorlagen auf den Einwohnerrat zukommen. Wenn der Rat diese Vorlage gründlich behandle, könne er dadurch eventuell später Zeit sparen.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion schliesse sich den Vorrednern an.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, seine Fraktion tue dies ebenfalls.

://: Der Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinie „Erzenberg / Obere Brunnmatt / Leisenberg / Rankweg“: Anpassungen des Perimeters ZP Siedlung und Mutation der Waldabstände wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

126 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG

2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulanlage Frenkenbündten: Aus- und Umbauten diverser Räume (Einbau Schulküche, Metallwerkstatt und andere Räume) – Projekt- und Kreditgenehmigungen (Nr. 2006/81, Nr. 2006/81a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Der Einwohnerrat hat das Geschäft 2006/81 an der Sitzung vom 22. Februar 2006 an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen. An einer Sitzung vom 20. März 2006 hat die BPK die Vorlage vor Ort beraten. Insbesondere konnte sich die Kommission davon überzeugen, dass

- das Projekt nur die allernotwendigsten Massnahmen umfasst, damit auf Grund der Schüler- und Klassenzahlen der Unterricht gemäss den kantonalen Vorgaben abgehalten werden kann;
- die Bedürfnisse der Schule von den Architekten hervorragend organisiert und in die bestehende Raumstruktur eingefügt wurden;
- die Eingriffe langfristig richtig und verantwortbar sind;
- das Schulhaus insgesamt aufgewertet wird und die Investition des Kantons zu einer Konsolidierung des Schulortes Liestal führt.

Der Antrag der BPK lautet:

Die BPK stimmt den Anträgen des Stadtrates einstimmig zu.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer erläutert, die Bau- und Planungskommission habe sich an Ort und Stelle vom stadträtlichen Vorsteher, von den Architekten, vom Schulplaner des Kantons und von der Schulleitung auf einem Rundgang durch die Schulanlage über die vorgesehenen Massnahmen ins Bild setzen lassen. Man habe beruhigt festgestellt, dass das Projekt nur die allernötigsten Massnahmen umfasse, damit der Schulbetrieb vorschriftsgemäss abgehalten werden könne, dass die Eingriffe langfristig richtig und verantwortbar seien und dass das Schulhaus gesamthaft aufgewertet werde. Die Bedürfnisse der Schule würden optimal in die bestehende Raumstruktur eingefügt. Eine Position, die immer wieder auftauche, nämlich „ergänzende Leistungen“, habe die BPK speziell interessiert. Es handle sich dabei um Anpassungen an bestehende Bauteile, die an verschiedenen Orten notwendig seien. Die BPK beantrage dem Rat einstimmig, die stadträtlichen Anträge zum Beschluss zu erheben.

Regina Vogt (FDP) hält fest, die Einwohnerkasse werde durch die Aus- und Umbauten nicht belastet. Es sei korrekt, dass die Stadt Liestal als Immobilienverwalterin das Geschäft angeschaut habe. Das Schulhaus werde aufgewertet. Ihre Fraktion stimme den Anträgen einstimmig zu.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) legt dar, auch seine Fraktion meine, es sei richtig gewesen, ein Zwei-Millionen-Geschäft nicht ohne Augenschein zu genehmigen. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion sei erleichtert über Resultat und stimme den Anträgen einstimmig zu.

Luzia Kilchmann (SP) sagt, die Überweisung an die BPK sei absolut richtig gewesen. Die Kommission habe sich ein Bild machen und feststellen können, dass das Neue optimal ins

Bestehende integriert werde. Trotz der Überweisung habe man den Zeitrahmen einhalten können. Die SP-Fraktion stimme den Anträgen zu.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Fraktion der Grünen schliesse sich den Vorrednern an. Sie stimme den Anträgen des Stadtrates und der BPK zu.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, er danke für gute Annahme des Geschäfts. Die Stadt habe Investitionsvorgaben. Man habe bereits in verschiedene Schulen investiert und wolle dies weiter tun. Das Primarschulhaus Frenke beispielsweise sei nahezu in einem desolaten Zustand. Jahrzehntlang sei dort nichts gemacht worden. Jetzt seien diese Schulhäuser dran. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton habe sich beim aktuellen Projekt als sehr gut erwiesen. Die Planung sei relativ schnell vorwärts gegangen, im Sommer werde bereits gebaut.

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt dem Um- und Ausbauprojekt betreffend die Schulanlage Frenkenbündten einstimmig zu.
- ://: 2. Für die Um- und Ausbauarbeiten sowie die Neuanschaffung von Mobiliar wird ein Bruttokredit von CHF 1'720'000.00 einstimmig bewilligt.
- ://: 3. Für die Unterhaltsarbeiten sowie die Ersatzanschaffungen von Mobiliar wird ein Bruttokredit von CHF 199'200.00 einstimmig bewilligt.

127 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

**3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Quartierplan Bahnhofareal 1 (Nr. 2006/76, Nr. 2006/76a)**

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Der Einwohnerrat hat dieses Geschäft am 25. Januar 2006 an die Bau- und Planungskommission überwiesen. Der vorliegende Quartierplan basiert auf dem Projekt „Eurocity“ der Architekten Christ und Gantenbein. Dieses Projekt ging als Sieger des Wettbewerbes über das Bahnhofareal Liestal hervor. Die Neugestaltung des Bahnhofgebietes soll in drei Etappen realisiert werden. Der Quartierplan 1 beinhaltet einen geplanten Erweiterungsbau der Kantonalbank, die Gestaltung des Emma Herwegh-Platzes sowie die Neugestaltung des Bushofs. Wichtig ist die Feststellung, dass der zur Beratung vorliegende Quartierplan 1 im Grundsatz dem Gesamtkonzept „Eurocity“ entspricht.

Die BPK hat sich in einer Gesamtschau eingehend über das Siegerprojekt „Eurocity“ informieren lassen. Sie anerkennt die Vorwärts-Strategie des Stadtrates, wobei durchaus auch kritische Anmerkungen angebracht sind in Bezug auf den Bedarf an Büro- und Ladenflächen, die Konkurrenzsituation zum Stedtli und die Dimension des Hauptbaues der Kantonalbank. Insgesamt sieht die BPK aber mit der Erneuerung des Bahnhofgebietes positive Signale für Liestal als Einkaufszentrum. Darum ist es wichtig, dass mit der Zustimmung zum Quartierplan 1 die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit interessierte Investoren ihre Entscheide auf gesicherten Grundlagen fällen können.

Wichtige Anliegen der BPK sind:

- Die geplanten Veloparkplätze beim ehemaligen Güterschuppen sind nicht optimal gelegen und sollen näher zu den Perrons geschoben werden.
- Es wäre sinnvoll, wenn die Öffnung der Oristalunterführung geschlossen werden könnte, was eine weitere Nutzung möglich machen würde, z. B. die Schaffung zusätzlicher Veloabstellplätze.
- Wichtig ist ein attraktiver Zugang von der Tiefgarage her in Richtung Bahnhofplatz.
-

Die BPK unterstützt die stadträtlichen Anträge zu diesem Quartierplan einstimmig.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer legt dar, ein Planungswerk mit derart grossen Dimensionen wie im Bahnhofgebiet sei ein schwieriges Unterfangen. Die BPK habe sich mit viel Aufwand in die Planung eingearbeitet. Sie habe auch die Architekten und eine Vertretung der Kantonalbank angehört. Die Details könne man im BPK-Bericht nachlesen. Es sei Pflicht der BPK, im politischen Prozess darauf hinzuweisen, dass der Quartierplan bezüglich Dimensionen vom Wettbewerb abweiche. Das Ganze müsse aber auch wirtschaftlich sein, und nach Aussagen der Investoren wäre die Realisierung des Projekts ohne das zusätzliche Stockwerk gefährdet. Die Kantonalbank sei ein verlässlicher Partner. Die Realisierung des Kantonalbank-Projekts werde neben der Kantonsbibliothek eine wichtige Referenz für das ganze Eurocity-Projekt sein.

Die BPK habe einige wichtige Anliegen. Dabei gehe es um die Platzierung der Veloparkplätze, die Schliessung der Öffnung bei der Oristal-Unterführung und den Zugang vom Parking Richtung Bahnhof. Die Kommission sei erfreut darüber, dass in einem ersten Schritt die angestrebte Nutzungsverbesserung des Bahnhofgebiets in Sicht sei. Der Bahnhof als Visitenkarte von Liestal sei ein edles Ziel, dass man mit allen Mitteln vorantreiben solle. Es brauche viel positive Denkkraft und Vertrauen in die Visionen von Planern und Behörden. Im Auftrag der BPK bitte er den Einwohnerrat darum, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen räumt ein, er verstehe, dass es für die BPK wichtig gewesen sei, das Ganze nochmals kritisch anzuschauen. Die Gesamtanlage weiche nicht erheblich vom ursprünglichen Projekt ab. In der Modellanlage nehme man die Änderung kaum wahr. Wenn man direkt vor dem Gebäude stehen würde, würde es schon etwas ausmachen. Man könne die Masse aber mit architektonischen Mitteln bändigen. Das geplante Gebäude werde etwa halb so hoch wie der Aussichtsturm und rund 40 Meter lang. Man müsse sich auf eine grosse Sache gefasst machen. Der Bahnverkehr in Liestal sei heute immens; das Gebäude sei auch eine Abgrenzung gegen das Siedlungsgebiet. Es werde nicht zufällig so gebaut. Man erschrecke vielleicht, wenn der erste Klotz stehe. Später kämen noch zwei dazu. Er sei froh, dass dieser erste Kantonalbank-Bau recht stark von der Kantonsbibliothek wegweiche. Die Anliegen der BPK würden selbstverständlich in den Planungsprozess aufgenommen.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion finde es gut, dass dieses Areal nachhaltig aufge bessert werde. Im Bahnhofgebiet werde eine Super-Infrastruktur geschaffen. Er hoffe, dass nicht wieder eine Planungsleiche entstehe. Für die dritte Etappe merke seine Fraktion an, dass es Kurzzeitparkplätze in der Nähe des Kiosks brauche. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion stimme den Anträgen einstimmig zu.

Regina Vogt (FDP) gibt bekannt, ihre Fraktion unterstütze den BPK-Bericht. Als BPK-Mitglied habe sie auch mit Vertretern der Bank über den Quartierplan hinaus Fragen diskutiert. Sie weise auf drei Punkte hin: 1. Die schrittweise urbane städtische Entwicklung werde, abgestützt auf die Verkehrssituation im Gesamtkonzept, nachhaltig angegangen. 2. Die Sicht von den kantonalen Verwaltungsgebäuden an der Rheinstrasse werde mit Blick zum Bahnhof hinauf als topographische und dynamische Staffelung wahrgenommen. 3. Alle drei Quartierpläne würden entlang des Bahngleises eine Länge von 400 Metern öffentlichem Raum in Anspruch nehmen, der eine äusserst sequenzenreichen Raumplanung vorsehe. Der Eindruck der FDP-Fraktion sei, dass am Bahnhof ein optimaler Kontrapunkt zum Stedtlı entstehe. Städtebaulich sei das Projekt an Liestal angepasst. Die FDP-Fraktion stimme den Anträgen zu.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, es sei für ihn wie auch für die BPK schwierig gewesen, den Quartierplan zu beurteilen. Von den Gebäuden her müsse man einen gedanklichen Sprung vom 19. ins 21. Jahrhundert machen, vor allem, was das Volumen betreffe. Die Dimensionen der bestehenden Verwaltungsgebäude sollten auch für den Bahnhof gelten. Das brauche Vertrauen in die Architekten. Ein wichtiger Aspekt sei der Entscheid der Kantonalbank, dort präsent sein zu wollen. Sie habe offenbar die Vision, dass an diesem Ort in Zukunft das Leben stattfinde. Diese Entwicklung sei voranzutreiben. In der SP-Fraktion sei nicht gerade Euphorie für das Projekt vorhanden, aber vorsichtiger Optimismus. Seine Fraktion stimme den Anträgen zu und hoffe, dass das Projekt zu einem guten Ergebnis führe. Die Resultate werde man selbst nicht mehr erleben.

Jürg Holinger (GL) sagt, er hoffe schon, dass man die Resultate noch erleben werde. Er habe vier Bemerkungen anzubringen. Erstens gebühre dem Stadtrat und den Stadtplanern, die gute Vorarbeit geleistet hätten, ein Kompliment. Sie hätten vier Parteien an einen Tisch gebracht. Zweitens werde es den Architekten hoffentlich gelingen, das Gebäude zu bändigen. Sie trügen eine grosse Verantwortung. Drittens sei dieser Quartierplan der erste Schritt in die richtige Richtung zur Gesamtgestaltung des Bahnhofareals. Die Überdeckung der Oristalstrasse müsse man gut anschauen. Viertens sei in den Übergangszeiten, die zwischen der Realisierung der einzelnen Quartierpläne entstünden, die Verkehrsführung gut im Auge zu behalten. Die Grünen würden den Anträgen einstimmig zustimmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fragt, ob bei dieser Vorlage nicht gemäss § 76 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat eine zweifache Beratung nötig sei. Seine Frage bedeute nicht, dass er gegen den Quartierplan sei.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) antwortet, an dieses Thema habe er nicht gedacht. Er wolle in der Pause abklären, wie weiterzufahren sei. Das Geschäft unterstehe dem obligatorischen Referendum. Für die Genehmigung des Geschäfts brauche es eine Vier-Fünftel-Mehrheit beziehungsweise von den momentan 33 Anwesenden mindestens 27 Ja-Stimmen.

://: Der Quartierplan Bahnhofareal 1 wird einstimmig genehmigt.

Anmerkung Protokollführerin:

Ergänzende Ausführungen zum Geschäft siehe Seite 398.

128 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**4. Bericht des Stadtrates zur dringlichen Motion betreffend Frist-
erstattung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortspla-
nung von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion (Nr. 2006/83,
Nr. 2006/83a)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht folgendermassen:

Am 22. Februar 2006 wurde die für dringlich erklärte Motion betreffend Fristerstattung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung an den Stadtrat überwiesen.

Mit Pressemitteilung vom 23. Februar 2006 und Information im „Liestal aktuell“ vom 02. März 2006 hat der Stadtrat die Bevölkerung über die Verlängerung der Eingabefrist bis zum 29. März 2006 orientiert.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Die Motion Nr. 2006/83 wird als erledigt abgeschrieben.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) meint, man müsse das Geschäft nur noch abschreiben. Es handle sich um eine reine Formalität.

Pascal Porchet (FDP) sagt, er bedanke sich dafür, dass seinem Wunsch stattgegeben worden sei. Seine Partei habe diese Zeitspanne gebraucht, sie sei von Anfragen überrollt worden. Von ihm aus gesehen könne man das Geschäft als erledigt abschreiben.

://: Die dringliche Motion betreffend Fristerstattung für das Mitwirkungsverfahren zur Revision Ortsplanung von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion wird einstimmig abgeschrieben.

129 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Zwischenbericht des Stadtrates zur Motion betreffend Ergänzung im Reklamereglement von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion (Nr. 2005/46, Nr. 2005/46a)

Der Stadtrat informiert in seinem Zwischenbericht folgendermassen:

Der Sinn und Zweck der Motion ist unbestritten. Hingegen findet zurzeit die Umsetzung des Reklamereglements statt, welche gemäss § 35 vom Einwohnerrat auf zwei Jahre festgesetzt wurde. Diese Umsetzung muss deshalb bis 31. März 2007 abgeschlossen sein. Die Umsetzung der Reklamevorschriften, welche vom Stadtrat auf den 01. April 2005 in Kraft gesetzt wurden, wurde vom Stadtbauamt speditiv an die Hand genommen. Für die Umsetzung wurde im Rahmen des Arbeitslosen-Beschäftigungsprogramms eine Person eingesetzt.

In erster Priorität wurde der Verwilderung der diversen temporären Reklamen an öffentlichen und privaten Einrichtungen Einhalt geboten. Gleichzeitig wurden die vorhandenen Reklameanschriften aufgenommen und in Bezug auf die Reklamevorschriften gesichtet. In einer weiteren Phase sollen die temporären Reklameschilder (Kundenstopper etc.) vor den Läden den Reklamevorschriften angepasst werden und diejenigen Geschäftsinhaber angeschrieben werden, bei denen die Reklamen auch den übergeordneten Reglementen von Bund und Kanton widersprechen.

Es ist heute im Rahmen der Umsetzung schon absehbar, dass einzelne Bestimmungen der Reklamevorschriften (insbesondere bei festen Einrichtungen) ergänzt, erweitert oder sogar neu festgesetzt werden müssen. Es ist zudem vorgesehen, die Umsetzungsmodalitäten zu überprüfen. Eine zusätzliche Überprüfung entsteht aus der Signalisationsverordnung des Bundes, die dem kommunalen Reklamereglement übergeordnet ist. Diese Verordnung wurde geändert. Sie wird auf den 1. April 2006 in Kraft gesetzt.

Der Stadtrat möchte deshalb die Änderungen als Gesamtpaket dem Einwohnerrat vorlegen. Als Zeithorizont ist der Zeitraum nach den Sommerferien vorgesehen. Weil der Inhalt der Motion unbestritten ist, werden die temporären Gesuche der Vereine ab sofort im Sinne der Motion behandelt.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Vom Zwischenbericht des Stadtrates zur Motion Nr. 2005/46 wird Kenntnis genommen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sagt, ihre Fraktion danke dem Stadtrat und der Verwaltung für den Zwischenbericht. Es sei sinnvoll, dass Gesuche von Vereinen im Sinn der Motion behandelt würden. Dem Rat würden sämtliche Änderungen als Paket vorgelegt werden. Es seien noch einige Lösungen zu finden. Ihre Fraktion nehme vom Bericht Kenntnis.

Elisabeth Spiess (GL) teilt mit, die Grünen würden die Praxis, die dieser Motion Rechnung trage, unterstützen und nähmen vom Bericht Kenntnis.

Doris Greiner (SP) äussert, auch die SP-Fraktion sei mit dem Vorgehen des Stadtrates einverstanden und nehme den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, grundsätzlich begrüsse er die Absicht, alle Änderungen am Reklamereglement als Gesamtpaket vorzulegen. Die Interessengemeinschaft Einkaufszentrum Liestal (IGL) führe derzeit eine Umfrage zu diesem Thema durch, um

herauszufinden, wo der Schuh drücke. Der Stadtrat werde gebeten, die Umfrage gebührend zu berücksichtigen. Sein Geschäft sei durch § 16 des Reglements betroffen, in dem es um Anschriften gehen. Dieser Paragraph sei anzupassen oder zu streichen. Sein Firmenschild hänge mindestens seit 20 Jahren an seinem Laden.

Sabine Sutter (FDP) fügt hinzu, auch die FDP-Fraktion nehme vom Zwischenbericht Kenntnis.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, die Reklamevorschriften müssten getestet werden, bevor man sie modifiziere. Die Stadt arbeite gut mit der IGL zusammen. Im Vorstand der IGL sei man nicht immer einhelliger Meinung zum Thema Reklamen. Der Stadtrat werde die Umfrage aufnehmen.

://: Vom Zwischenbericht des Stadtrates zur Motion betreffend Ergänzung im Reklamereglement von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion wird einstimmig Kenntnis genommen.

130 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal (Nr. 2005/52, Nr. 2005/52a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht folgendermassen:

Das Postulat verlangt auf der Veloroute Goldbrunnenstrasse - Kreuzbodenweg - Rheinstrasse die Prüfung von Massnahmen im Bereich Einmündung Kreuzbodenweg in die Rheinstrasse sowie auf der Rheinstrasse, vom Kreuzbodenweg bis zum Restaurant Falken. Das Stadtbauamt hat zusammen mit dem zuständigen kantonalen Tiefbauamt BL die möglichen Massnahmen untersucht. Einfache und kurzfristig umsetzbare Massnahmen sind keine mehr möglich. Diese wurden bereits vor vier Jahren realisiert. Als weiterführende Massnahme hat das Tiefbauamt das Projekt für eine separate Radspur aufgenommen. Diese Massnahme bedingt jedoch grössere bauliche Anpassungen an den Trottoirs. Auf Grund der hohen Kostenfolge ist eine Realisierung in den nächsten zwei Jahren nicht möglich. Das Tiefbauamt prüft aber die Aufnahme dieses Projektes in die Mehrjahresplanung für Radrouten. Stadtrat und Stadtbauamt werden beim Tiefbauamt des Kantons BL die Forderungen aufrechterhalten.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Auf Grund der stadträtlichen Antworten und Berichterstattung wird das Postulat Nr. 2005/52 als erledigt abgeschrieben.

Ernst Burkhardt (SP) meint, der Bericht weise positive Signale sowie Killer-Argumente auf. Er enthalte nichts Verbindliches und sei von daher enttäuschend. Er habe aber nicht viel mehr erwartet. Man könne an dieser Stelle keine separate Spur erwarten. Beim Kreuzboden hätte sich beim Neubau der Gebäudeversicherung die Gelegenheit geboten, vom Strassenraum etwas abzuzwacken. Die Velofahrer seien in letzter Zeit wenig berücksichtigt worden. Es brauche Geduld. Man habe kein Geld für kleine Korrekturen, da viele grosse Dinge zu bewerkstelligen seien. Es werde wohl erst etwas geändert, wenn es zu schlimmen Unfällen gekommen sei. Vielleicht werde mit der Zeit aber doch etwas daraus. Er denke, dass man das Postulat abschreiben könne, denn etwas aufrechtzuerhalten, das so unverbindlich sei, mache keinen Sinn. Trotzdem spreche er seinen besten Dank aus. Ihm sei klar, dass der Stadtrat sich bemüht habe. Es sei wichtig, diese Sache immer wieder zu thematisieren.

Marie-Theres Beeler (GL) sagt, im Namen der Grünen Fraktion danke sie für die ernsthafte Aufnahme des Postulats. Man habe mit dem Kanton Kontakt aufgenommen und Verhandlungen geführt. Sie hoffe, dass eine Verschmälerung der Trottoirs möglich sei und der Radweg irgendwann entstehe. Die Motion sei nicht abzuschreiben, damit es später nochmals zu einer Diskussion über das Thema komme.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, seine Fraktion sei für die Abschreibung des Postulats. Das Anliegen sei zwar berechtigt, aber im Moment sei nicht mehr möglich. Man könne eventuell später einen neuen Vorstoss machen.

Adrian Mächler (FDP) äussert, er verstehe, dass man das Postulat stehen lassen wolle. Es würde dann aber nur als Papier herumliegen. Sinnvoller wäre, später eine neue Eingabe zu machen beziehungsweise dann etwas aufzulegen, wenn es nötig sei.

Stadtrat Ruedi Riesen bemerkt, die Verfallszeit des Gedächtnisses sei manchmal kurz. Vor vier Jahren habe man an dieser Stelle bereits etwas unternommen. Die Einmündung sei wesentlich verbessert worden. Für die gewünschte Änderung müsste man gemäss den geltenden Verkehrsnormen einen sechsstelligen Betrag ausgeben. Im Zusammenhang mit dem Bahnhof gäbe es eine weitere Möglichkeit: Wenn der Kanton das Birmannsspital abreisse, liesse sich eine Verbindung zum Bahnhof hinauf schaffen. Es sei richtig, dass die Situation gefährlich sei. Man könne aber auch anderswo lang fahren als durch die schmalste Stelle auf der Rheinstrasse. Im Übrigen werde überall, wo neu gebaut oder etwas verändert werde, darauf geachtet, ob sich eine Radspur bauen lasse.

://: Das Postulat betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal, wird mit 6 Nein- gegen 28 Ja-Stimmen abgeschrieben.

131 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Fussgänger- und Veloverbindung zur neuen Kantonsbibliothek von Erika Eichenberger, Grüne Liestal (Nr. 2005/59, Nr. 2005/59a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht folgendermassen:

Das Postulat verlangt im Bereich Bahnhofplatz/Kantonsbibliothek die Prüfung von Massnahmen, die diesen Bereich für Fussgänger und Velofahrer sicherer und attraktiver machen. Das Stadtbauamt hat zusammen mit den zuständigen Personen der IG Velo, des Tiefbauamtes BL, der SBB und der Kantonsbibliothek die möglichen Massnahmen untersucht. Dies führte zu folgenden Ergebnissen:

1. Im Bereich Bahnhofstrasse/Bahnhofplatz sind keine Verbesserungen möglich. Hier muss das Projekt *Neuer Busbahnhof* abgewartet werden.
2. Auf dem Bahnhofplatz, im unübersichtlichen Bereich zwischen den Bushaltestellen, werden die Verkehrsteilnehmenden mittels vier Radfahrersignete auf die Velofahrer im Gegenverkehr aufmerksam gemacht.
3. Im Bereich Bahnhofplatz / Kantonsbibliothek wird das bestehende Trottoir auf der Brücke Oristalstrasse mittels Markierung bis zum Parkplatz vor der Kantonsbibliothek verlängert. Dadurch wird eine separate Fusswegführung über diesen bisher unübersichtlichen Bereich erreicht. Dies hilft auch den anderen Verkehrsteilnehmenden, insbesondere den Velofahrenden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Basierend auf der stadträtlichen Berichterstattung und Beantwortung wird das Postulat Nr. 2005/59 als erledigt abgeschrieben.

Erika Eichenberger (GL) teilt mit, sie danke dem Stadtrat und allen Beteiligten für die Lösungsvorschläge. Die IG Velo sei einbezogen worden. Die Velowege kämen in den Strassenbauplänen vor; das sei vor nicht allzu langer Zeit nicht der Fall gewesen. Ihr sei nicht klar, wie weit der Fussgängerweg geführt werden solle, bis direkt vor die Bibliothek oder nur bis zum Parkplatz. Ihrer Meinung nach müsste es ein Bogen bis vor die Bibliothek sein. Derzeit würden Scharen quer über den Platz laufen und fahren. Im Hinblick auf den neuen Busbahnhof sei daran zu denken, dass nachträgliche Korrekturen unangenehm seien. Jetzt sei die Chance da, auch für die nächste Generation zu denken.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) sagt, ihre Fraktion begrüsse die vorgeschlagenen Massnahmen. Es sei die Lösung, die sie sich bereits gewünscht habe. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion sei einstimmig für den Antrag des Stadtrates.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, der Fussgängerweg verlaufe nicht am Gleis entlang, sondern man werde von der alten Orisbrücke aus in der Verlängerung des Trottoirs einen Weg markieren. Der Streifen führe entlang der Taxi-Parkplätze und mache dann eine Kurve bis zur Bibliothek. Wenn im Rahmen des Quartierplans Bahnhof 1 das Kantonalbank-Gebäude realisiert werde, werde gleichzeitig der entsprechende Abschnitt des Busbahnhofs bis zur Brücke gebaut. Bevor man den Quartierplan Bahnhof 2 umsetze, werde ein Teil des Busbahnhofs provisorisch erstellt, damit möglichst früh eine andere Ordnung in diesem Bereich entstehe.

://: Das Postulat betreffend Fussgänger- und Veloverbindung zur neuen Kantonsbibliothek von Erika Eichenberger, Grüne Liestal, wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

132 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Verkleinerung Begegnungszone von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion (Nr. 2005/61, Nr. 2005/61a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht folgendermassen:

Der an der Einwohnerratssitzung vom 28.09.2005 von einer Motion in ein Postulat umgewandelte politische Vorstoss ist vom Einwohnerrat an den Stadtrat mit dem Auftrag überwiesen worden, die Verkleinerung der Begegnungszone in der Seestrasse zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten. Stadtbauamt, Stadtpolizei und Betriebe haben die möglichen Massnahmen untersucht und was folgt festgestellt:

1. Mit dem übergeordneten Verkehrskonzept, das im Strassennetzplan-Entwurf festgelegt wurde, ist eine Ausdehnung der Begegnungszone auf die Bereiche Bahnhofplatz, Poststrasse, Wasserturmplatz und Büchelistrasse geplant. Eine jetzige Reduktion würde diesem Konzept widersprechen. Darum ist davon abzusehen.
2. Der Bereich Schützenstrasse/Allee ist bestens für die Begegnungszone geeignet und bezüglich Akzeptanz unproblematisch. Die Schwierigkeiten liegen bei der Seestrasse, infolge des grossen Anteils an Schleichverkehr. Allerdings zeigen die Messungen der Stadtpolizei, dass sich die Durchschnittsgeschwindigkeit seit der Einführung der Begegnungszone erheblich reduziert hat.
3. Mit der Umsetzung des Verkehrskonzeptes wird langfristig der Durchgangsverkehr um das Stedtli herumgeführt und die Durchfahrt Seestrasse unterbrochen.
4. Kurzfristig wird bei der Einmündung des Hinterseewegleins eine Schwelle gebaut. Zusätzlich wird die Fahrbahn der Seestrasse durch zwei wechselseitige Markierungen optisch verengt. Mit diesen Massnahmen sollen eine weitere Geschwindigkeitsreduktion und eine Erhöhung der Sicherheit erreicht werden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Auf Grund der Antwort des Stadtrates wird das Postulat Nr. 2005/61 als erledigt abgeschrieben.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) legt dar, das Verkehrskonzept beruhe auf einem Entwurf, der den Rat noch intensiv beschäftigen werde. Die Freundlichkeit des Stedtli müsse man jetzt fördern. Was die topographischen Verhältnisse an der Seestrasse betreffen, so habe Hanspeter Stoll zu Recht befürchtet, dass Jugendliche mit ihren Rollern auf dieser Strecke mit Tempo 20 zu Gesetzesbrechern würden. Er schlage vor, die Schwelle zu entfernen und einen Fussgängerstreifen sowie Tempo 30 einzurichten. Ein Fussgängerstreifen werde von den Autofahrern besser wahrgenommen. Man müsse auch an die Kinder und älteren Menschen denken, die sich auf einem Streifen sicherer fühlen würden. Beim Punkt 4 komme er zu einem anderen Schluss. Man hätte mehr Kontakt mit den Anwohnern aufnehmen sollen. Ihm falle die Sichterschwelle ein, die wieder entfernt worden sei. Man wolle nun mit dieser Schwelle CHF 10'000.- verlocken. Das scheine kein Riesenbetrag zu sein, aber auch Kleinvieh mache Mist. Ihn interessiere, in welchem Gesetz stehe, dass es in Begegnungszonen keine Fussgängerstreifen geben dürfe, und wo Ausnahmen möglich seien. Er frage sich, ob die Seestrasse ein so unsicheres Pflaster gewesen sei, bevor man Tempo 20 eingerichtet habe. In Richtung Bubendorf beispielsweise sei er vehement dafür, die Geschwindigkeit zu

senken. Seine Fraktion bitte darum, das Postulat nicht abzuschreiben und auf der Basis des Vorstosses das Problem zu lösen.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion unterstütze den Stadtrat darin, die Begegnungszone nicht zu verkleinern. Sie befürchte, dass die Aufhebung der Begegnungszone in der Seestrasse ein Freipass zum Schnellerfahren wäre. Hier kämen viele Fussgänger durch. Auch Autofahrer würden in der Allee oft zu Fussgängern. Wenn man dort Mühe mit Tempo 20 habe, könne man von der Allee aus auch durch die Gerberstrasse fahren, um aus Liestal hinauszukommen. Wenn die gesamte Achse von der Kantonsbibliothek bis hin zum Parkhaus Bücheli zur Begegnungszone werde, könne es nicht sein, dass man nur dieses Stück nicht hineinnehme.

Danielle Schwab (SP) äussert, die SP-Fraktion sei gegen die Abschreibung des Postulats. Ein Teil der Fraktion sei für die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat gewesen, damit die Angelegenheit geprüft werde. Man müsse das Anliegen im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept sehen. Die Verkehrssicherheit werde tangiert, wenn man Ausnahmen mache. Wichtig sei, Tempo 20 sorgfältig einzusetzen. Es sei schwierig einzuhalten. Tempo 20 auf der Seestrasse sei an sich zu hinterfragen, aber im Sinne des Gesamtkonzepts sollte die Begegnungszone dort nicht aufgehoben werden.

Adrian Mächler (FDP) hält fest, in seiner Fraktion würden immer individuelle Voten abgegeben. Er meine, dass eine Schwelle an diesem Ort falsch sei. Es gebe schöne Gesetze, die man entweder einhalte oder nicht. Gesetzesgläubigkeit ad infinitum sei nicht sinnvoll. Man solle von einem praktischen Standpunkt aus handeln.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass man nur über die Seestrasse in den Fischmarkt fahren könne. Man lebe jetzt und solle sich nicht so schwerfällig geben. Es brauche an der Seestrasse nur einen Fussgängerstreifen und Tempo 30. In der jetzigen Situation würden Autofahrer mehr auf den Tacho als auf die Fussgänger schauen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) meint, die jetzige Schwelle sei ein Lärminstrument. Wenn noch eine Schwelle dazu komme, klappere es zum zweiten Mal. Manche Verkehrsteilnehmer würden die Schwelle umfahren. Man achte nicht mehr auf die Fussgänger, die man eigentlich schützen wolle. Er sehe den Sinn dieser Schwelle nicht ein. Er frage sich, ob so viel Geld da sei, dass man etwas machen könne, das gegenüber dem vorherigen Zustand schlechter sei.

Ernst Burkhardt (SP) wirft ein, man könne auch von der Poststrasse in den Fischmarkt hinein fahren.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) entgegnet, wenn man sich in der Allee befinde, komme man nur über die Seestrasse in den Fischmarkt.

Ernst Burkhardt (SP) erläutert, er habe Beat Gränichers Hinweis als grundsätzliche Aussage verstanden.

Astrid Basler (GL) berichtet, ihre Fraktion habe einen Ausflug an die Seestrasse unternommen. Man habe zugeschaut, wie die Autos über die Schwelle gefahren seien. Sie hätten sich ans Tempo gehalten, und es habe keinen Lärm gegeben.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) möchte wissen, ob die Gruppe auch dort gewesen sei, wenn ein Getränkewagen mit einem Anhänger angekommen sei. In der Allee gebe es einen Getränkeladen.

Peter Schäfer (FDP) sagt, er sei dagegen gewesen, dass man den Hintersee in die Begegnungszone miteinbeziehe. Nun höre man immer wieder vom Gesamtkonzept. Die allererste

Vorlage des Stadtrates habe den gesamten Schleifewuhrweg beinhaltet, der teilweise wieder herausgenommen worden sei. Jetzt wolle man eine kleine Strasse aus der Zone nehmen und mache deswegen ein so grosses Tamtam. Er verstehe das nicht.

Franz Kaufmann (SP) stellt fest, er finde es erschreckend, wie man mit Beschlüssen umgehe. Der Rat habe das Verkehrskonzept genehmigt. So könne man nicht vorgehen. Er fordere die Ratsmitglieder dazu auf, die Vorlagen zu lesen und sich bewusst zu sein, wozu man Ja sage. Wie hier diskutiert werde, sei für einen Einwohnerrat peinlich.

Adrian Mächler (FDP) gibt bekannt, er sei gegen Punkt 4 im Stadtratsbericht und stelle den Antrag, dass man keine Schwelle mache.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) erwidert, das gehe nicht.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) entgegnet, es handle sich um einen Stadtratsbericht, deshalb sei dies möglich.

Ernst Burkhardt (SP) meint, man müsse einen Ordnungsantrag stellen. Adrian Mächler müsse wahrscheinlich einen neuen Vorstoss einreichen. Jetzt stehe nur die Abschreibung des Postulats zur Diskussion.

Adrian Mächler (FDP) sagt, er schlage vor, über seinen Antrag abzustimmen. Ob dies rechtlich richtig sei oder nicht, sei nicht so relevant.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) führt aus, Franz Kaufmann habe Recht. Das Problem im hinteren See liege woanders. Man habe dem Rat die Begegnungszone in allen Farben geschildert, sie sei als solche aber nicht erkennbar. So lange es so bleibe, diskutiere man im Kreis herum. Die Seestrasse gehöre für ihn zur Begegnungszone, aber was fehle, sei die Erkennbarkeit. Man müsse es sehen, wenn man in eine Begegnungszone fahre.

Vreni Wunderlin (FDP) fragt, ob eine zweite Schwelle gebaut werde oder ob die bestehende wegkomme.

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, dieser Rat habe die Begegnungszone verabschiedet. Das Verkehrskonzept sei in positiver Art zur Kenntnis genommen und abgesegnet worden. Der Stadtrat habe dafür Komplimente erhalten. Man könne über die Seestrasse reden, aber nicht auf diese nonchalante Weise. Er frage sich, wo das Gedächtnis geblieben sei. Die Seestrasse sei eine unterklassige Strasse im Verkehrskonzept und später als Anwohnerstrasse gedacht. Er habe Mühe mit der Vorstellung, dass man die Poststrasse mit viel Aufwand saniere und dann aus der Seestrasse ein Schlupfloch mit Tempo 30 mache. Man müsse die Sache wirklich im Zusammenhang mit dem Verkehrsregime sehen. Irgendwo müsse man anfangen. Der Kreisel Schild, der Kantinenweg, die Seestrasse und die Poststrasse stünden in einem Zusammenhang. Der Stadtrat wolle die jetzige Gummischwelle auf der Seestrasse wegnehmen und stattdessen eine leichte Erhöhung machen. Der Stadtrat habe sich auch ausbedungen, an neuralgischen Punkten auch bei Tempo 20 oder 30 aus Sicherheitsgründen Zebrastreifen anbringen zu können. Es gebe im Übrigen auch Anwohner der Seestrasse, die sehr positiv auf Tempo 20 reagiert hätten. Er bitte darum, den stadträtlichen Antrag nachzuvollziehen. Man habe jetzt eine klare Ordnung. Es brauche eine nachvollziehbare Planung.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) hält fest, zum Punkt 4 liege ein Antrag vor. Derzeit existiere auf der Seestrasse eine Schwelle aus Elementen. Es sei geplant, diese abzumontieren und stattdessen eine Aufpflasterung zu machen. Das sei in der Vorlage nicht unbedingt verständlich. Es stehe nirgendwo, dass die jetzige Schwelle wegkomme.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, der Antrag von Adrian Mächler laute: *Auf den Bau einer Schwelle wird verzichtet.* Er mache beliebt, dass der Rat über die Abschreibung des Postulats abstimme und Adrian Mächler eventuell einen neuen Vorstoss formuliere.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, der Urheber eines Postulats oder einer Motion habe das Recht, seinen Vorstoss abzuändern. Aber wenn der Stadtrat einen Bericht dazu mache, könne man einen Antrag stellen. Er sei der Meinung, dass man bei der Seestrasse auf die topographischen Verhältnisse Rücksicht nehmen müsse. Es gehe ihm auch um die auswärtigen Verkehrsteilnehmer. Sie seien es nicht gewohnt, dass man an einer Bergstrasse Tempo 20 vorfinde.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) führt aus, der Einwohnerrat habe am 28.9.2005 beschlossen, dass der Stadtrat das Anliegen prüfen und Vorschläge machen solle. Konsequenz sei in der Politik wichtig. Mit seiner Antwort sei der Stadtrat aber nicht näher auf das Postulat eingegangen. Er wundere sich über die Argumente, wenn er an das Abstimmungsresultat von damals mit 26 Ja-Stimmen denke, worunter es auch einige SP-Stimmen gegeben habe.

Danielle Schwab (SP) ergänzt, sie wisse auch jetzt nicht sicher, was zur Verkehrssicherheit beitrage. Tempo 20 könne die Sicherheit auch verschlechtern. Sie schätze die Situation wie Paul Finkbeiner ein. Letztlich denke sie aber, dass das geplante Verkehrskonzept zu mehr Sicherheit führe. Fachleute hätten das geprüft. Sie denke, der Bericht des Stadtrates sei nicht die Antwort auf das, was gefragt worden sei, sondern eine zusätzliche Anregung. Sie halte einen Zusatzantrag für möglich und wünschenswert. Sie würde gerne über den Antrag von Adrian Mächler befinden.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, es gehe um die Sache, nicht um Formalistisches. Er sei dafür, über die Schwelle abzustimmen. Die Schwelle sei lediglich ein Vorschlag.

Erika Eichenberger (GL) meint, wenn die Schwelle wegkomme, müsse man wissen, welche Sicherheitsvorkehrung an deren Stelle trete. Dies sei wichtig, da man den Weg, der vom Kindergarten her komme, nicht sehe.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) gibt bekannt, es lägen der Antrag des Stadtrates und derjenige von Adrian Mächler vor. Seiner Meinung nach könne man aber nicht über ein Detail abstimmen.

Adrian Mächler (FDP) betont, dass man dies könne.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) sagt, er schlage vor, nicht über die Abschreibung abzustimmen, sondern eine Konsultativabstimmung durchzuführen. Zuerst sei über den Antrag Mächler zu befinden.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) hält fest, wenn man darüber abstimme, fasse man einen Beschluss.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) gibt zu bedenken, man könne nicht sagen, man wolle keine Schwelle, aber auch nichts anderes. Er bitte darum, das Ganze nicht kompliziert zu machen. Es werde jetzt abgestimmt.

://: Der Antrag von Adrian Mächler, auf den Bau einer Schwelle auf der Seestrasse zu verzichten, wird mit 23 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: Das Postulat betreffend Verkleinerung Begegnungszone von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion wird mit 16 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.

133 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bauverzögerung Kantinenweg (Nr. 2005/78)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Bauverzögerung Kantinenweg

An der Einwohnerratssitzung vom 3. November 2004 wurde ein Kredit von CHF 820'000.- für den Bau des Kantinenwegs einstimmig genehmigt. Der Stadtrat bezeichnete damals den Bau des Kantinenwegs als Schlüssel für das Manorprojekt und führte weiter aus, dass Verzögerungen das Projekt gefährden könnten. Als Termin für den Baubeginn wurde Frühjahr 2005 genannt.

Der Kantinenweg hängt auch mit dem neuen Verkehrskonzept zusammen. An der Einwohnerratssitzung vom 31. August 2005 wurde dem Konzept mit grossem Mehr zugestimmt und zwar nicht zuletzt, um ein positives Zeichen für die gemeinsam mit dem Kanton vereinbarte Lösung und die Voraussetzungen für die dringend nötige Verkehrsentslastung des Stedtlis zu schaffen.

Mit Erstaunen musste der Einwohnerrat an der Sitzung vom 9. November 2005 anlässlich der Fragestunde zur Kenntnis nehmen, dass sich der Bau des Kantinenwegs erneut verzögert. Es besteht die Gefahr, dass das Projekt „auf die lange Bank“ geschoben wird. Die vom Stadtrat genannten Gründe sind widersprüchlich. Es ist unverständlich, dass die Stadt die Verhandlungen mit den Grundeigentümern eingestellt hat. Es herrscht aktueller Erklärungsbedarf.

Wir bitten deshalb den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Stand der Einspracheverhandlungen mit den Grundeigentümern? Was wurde bisher erreicht?
2. Welche Auswirkungen hat die Bauverzögerung der Strasse auf das Projekt Manor?
3. Hat sich das Projekt Manor nach dem beschlossenen Strassenprojekt Kantinenweg zu richten oder umgekehrt?
4. Inwieweit beeinflusst die Bauverzögerung die von der Stadt zu planenden und auszuführenden Projekte des neuen Verkehrskonzeptes?
5. Wann kann mit dem Baubeginn des Kantinenwegs gerechnet werden?
6. Ist der Stadtrat bereit, den Ausbau des Kantinenwegs in zwei Etappen, z.B. den unmittelbaren Bereich am neuen Manorgebäude als Provisorium, zu realisieren?

Margrit Siegrist-Humbel
SVP/CVP/EVP-Fraktion
16. Januar 2006

Stadtrat Ruedi Riesen beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

1. Die Einspracheverhandlungen sind eingestellt. Man möchte Klarheit über das Manor-Projekt. Die Investoren übernehmen die Anwänderbeiträge.
2. Die Investoren haben das Parking um ein Geschoss erhöht.
3. Das Manor-Projekt muss sich nach dem Strassenprojekt richten.

4. Das liegt an der H2. Der Baubeginn des Anschlusses Schild wurde auf den Herbst versprochen. Die Stadt wird die Poststrasse forcieren. Wenn das Manor-Projekt verzögert wird, soll der Kantinenweg teilweise definitiv und im Baubereich provisorisch erstellt werden.
5. Der Baubeginn ist mit dem Manor-Projekt verknüpft. Er ist noch immer im zweiten Halbjahr 2007 möglich. Viel hängt von einem Grundbesitzer ab, der die ganze Sache noch immer blockiert. Wenn der Baubeginn auf das zweite Halbjahr 2007 hin nicht möglich ist, muss man sich die genannten zwei Etappen überlegen.
6. Siehe Punkt 4.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) dankt für die ausführliche Beantwortung. Sie habe mit ihrer Interpellation bezweckt, den Stadtrat an die eigenen Aussagen zu erinnern. Die Bevölkerung warte auf die Strasse. Handeln wäre angezeigt. Es sei bedauerlich, dass der Zeithorizont nach hinten geschoben worden sei. Sie bitte den Stadtrat, sich mit allen Mitteln für einen raschen Baubeginn einzusetzen.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) ergänzt, vom Bautechnischen her sei es möglich, den Baubeginn vorzuziehen. Die Stadt solle vorwärts machen. Die Strasse befinde sich in einem schlimmen Zustand. Eigentlich sollte sie bereits benutzbar sein. Er sehe schwarz, wenn man auf das Manor-Projekt warten wolle. Es sei eine Vorwärtsstrategie einzuschlagen, wie das hier schon besprochen worden sei.

Somit ist die Interpellation erledigt.

134 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

14. Fragestunde

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) macht darauf aufmerksam, dass jede Frage in einem Satz Platz haben sollte und kurz zu begründen sei. Er bitte darum, § 48 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat zu beachten. Manche eingereichte Fragen seien eigentlich Interpellationen.

1. Frage, Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP): Das Verhalten einzelner Kunden der Denner-Filiale an der Seestrasse trägt zu massiver Belastung gegenüber den Anwohnern bei. 1. Littering: Täglich müssen die Anwohner Flaschen und sonstiges Verpackungsmaterial von ihren Liegenschaften entfernen, welches von Dennerkunden nach dem Konsum leichtfertig weggeschmissen wird. Bei Zurechtweisungen wurden von Seiten der Täterschaft verschiedentlich auch Drohungen gegenüber den Anwohnern ausgesprochen. 2. Parking: Da keine eigenen Parkplätze für Kunden zur Verfügung stehen, wird wild parkiert. Ohne Rücksichtnahme werden die Autos auf privaten Grundstücken parkiert. Die Zufahrten zu den Liegenschaften werden oft so blockiert, dass die Anwohner nicht einmal ihre eigene Liegenschaft mit dem Auto verlassen können. Parkverbote werden einfach ignoriert. Am schlimmsten ist es jeweils an den Wochenenden. Eigentlich ist es doch so, dass in der Begegnungszone Autos nur und ausschliesslich auf markierten Parkfeldern abgestellt werden dürfen. Frage an den Stadtrat: Was wird dagegen unternommen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, was das Littering betreffe, so müsse man auch Courage haben, wenn jemand etwas liegen lasse, und ihn freundlich darauf aufmerksam machen. Der Stadtpolizei sei zum Littering bei der Denner-Filiale nichts bekannt, es lägen keine Reklamationen vor. Auch seitens der Betriebe gebe es diesbezüglich keine Informationen. Eventuell müsse man in Zukunft etwas unternehmen. Zu den Parkplätzen: Man habe das Problem durch eine gelbe Parkverbotslinie auf der Strasse gelöst, die Stadtpolizei erhalte seither keine Reklamationen mehr. Eine weitere Schwierigkeit bestehe darin, dass die Personenwagen, welche vor dem Denner parkieren, mehrheitlich auf Privatboden stehen und mehrheitlich einen Güterumschlag tätigen würden. Die jeweiligen Grundstückeigentümer hätten die Möglichkeit, für das unbefugte Parkieren auf ihrem Grundstück ein richterliches Verbot zu beantragen. Wenn das Grundstück nicht als Privatgrundstück erkennbar sei, könne die Stadtpolizei büssen. Sie tue dies jeweils, wenn Personenwagen private Ein- bzw. Ausfahrten blockierten.

2. Frage, Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP): Seit einiger Zeit sind die Parkplätze beim Schulhaus Fraumatt tagsüber gebührenpflichtig. Ab 18.00 Uhr sind diese Parkplätze gebührenfrei. Aus diesem Grund benutzen die Bewohner des Quartiers oder deren Besucher am Abend die Parkplätze. Diejenigen Personen, die dann zum Turnen kommen, können ihr Auto dort nicht mehr hinstellen. Früher gab es die Möglichkeit, auf dem Pausenplatz zu parkieren. Dieser Platz ist jetzt durch eine Abschränkung gesperrt. Gibt es eine gute Möglichkeit, damit diese Personen weiter motiviert zum Turnen kommen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, das Parkplatzregime sei auf Initiative des Bereichs Bildung und des Stadtbauamts geändert worden, damit alle Lehrerinnen und Lehrer betreffend Parkieren auf öffentlichem Grund und Boden der Stadt Liestal gleich behandelt würden. Es bestehe kein Grund, die Turnerinnen und Turner gegenüber den anderen Parkierenden bevorzugt zu behandeln.

3. Frage, Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP): Seit mindestens Anfang Jahr sind die sonst gebührenpflichtigen 8 Parkplätze am Anfang der Tiergartenstrasse mit einem Parkverbot belegt. Kurzer Hinweis: „Parkieren nur mit spezieller Bewilligung gestattet“. Eine detaillierte Be-

gründung fehlt. Ist der Stadtrat nicht der Meinung, dass eine transparentere Information angeschlagen werden müsste, und wann ist mit der Aufhebung des Verbots zu rechnen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, die Parkplätze an der Tiergartenstrasse seien wegen der Baustelle am Rufstein für die Anwohner und Angestellten des Rufsteinweges 4 reserviert, da diese nicht mehr zu ihren Parkplätzen am Rufsteinweg 4 hätten fahren können. Die Dauer sei bis Ende März 2006 vorgesehen gewesen, aber wegen Überflutung verzögere sich die Angelegenheit bis Ende April 2006. Den Hinweis auf transparentere Information nehme sie mit.

4. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Nach welchen Kriterien werden Stände im Stedtli bewilligt? Wird hinterfragt, wer hinter der Anfrage steckt? Vor ca. drei Wochen war ein Stand der Scientology mit dem Thema Kampf gegen Drogen im Stedtli. Für mich war die Anwesenheit von diesen Personen an der Grenze. Jedermann weiss, dass Scientology eine aggressive Sekte ist, und dementsprechend haben sich diese Leute auch verhalten. Die Personen, die im Stedtli einkaufen wollten, fühlten sich zum Teil bedrängt. Eine entsprechende Diskussion fand alsdann auch im Stedtli-Laden statt. Wir können die Leute, die in Liestal noch einkaufen, auch so vertreiben.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, für Institutionen, die den öffentlichen Grund und Boden für ideelle oder religiöse Zwecke benutzen, würden die verfassungsmässigen Rechte gelten, das heisst, dass sie innerhalb gewisser Schranken grundsätzlich Anspruch auf die Nutzung des öffentlichen Bodens hätten. Wenn man aggressives Verhalten feststelle, könne man dies jederzeit der Stadtpolizei melden.

Zusatzfrage Vreni Wunderlin (FDP): Am Samstag kann man nicht zur Polizei gehen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin meint, dann müsse man dies eben am Montag der Polizei melden, damit sie fürs nächste Mal gewappnet sei.

5. Frage, Jürg Holinger (GL): Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 21. März 2006 zustimmend vom Zwischenbericht über das Pilotprojekt "Begleitetes Wohnen in den Liegenschaften des Vereins für Alterswohnungen" Kenntnis genommen und dazu einen Zusatzantrag gestellt. 1. Beabsichtigt der Stadtrat die im Bericht definierten Rollen der beteiligten Institutionen abzuändern? 2. Beabsichtigt der Stadtrat die im Bericht vorgeschlagene Finanzierung abzuändern? 3. Können mit den vom Stadtrat beabsichtigten Änderungen die im Bericht definierten Meilensteine und der damit verbundene Zeitplan eingehalten werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin betont, der Stadtrat wolle weder die definierten Rollen noch die vorgeschlagene Finanzierung ändern. Die im Bericht definierten Meilensteine und der Zeitplan würden eingehalten.

6. Frage, Corinne Ruesch (GL): Im Bericht der Arbeitsgruppe Jugendkommission ist die Rede davon, dass die Jugendkommission bis im Sommer 06 einen Bericht über Ziele, Bedürfnisse und weitere Massnahmen verfassen soll. Konnten Leute für die Jugendkommission gefunden werden und ihre Arbeit in der Jugendkommission aufnehmen, damit dieser Bericht im Sommer vorliegt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, dass der Stadtrat die Frist einhalten wolle. Bis jetzt liege ein Angebot von einer Person vor, die bei der Jugendkommission mitmachen wolle. Sie bitte die Ratsmitglieder darum, in ihrem Umfeld junge, motivierte Leute auf diese Kommission aufmerksam machen. In der nächsten Ausgabe des „Liestal aktuell“ werde ein

entsprechendes Inserat geschaltet. Der Stadtrat sehe die Jugendkommission als wichtige Angelegenheit an.

7. Frage, Philipp Senn (SP): Die Rathausstrasse ist mit einem eingeschränkten Fahrverbot für Motorfahrzeuge belegt. Ausgenommen sind Zubringer werktags von 5 bis 12 Uhr und samstags von 5 bis 9 Uhr sowie Fahrzeuge mit spezieller Bewilligung. Seit einiger Zeit ist eine tendenzielle Zunahme an Fahrzeugen zu beobachten, die hauptsächlich abends und nachts ohne Bewilligung die Rathausstrasse befahren und vereinzelt sogar das obere Tor passieren. Teilt der Stadtrat die Feststellung dieser Tendenz und falls ja, kann und wird auf diese Entwicklung reagiert?

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, auch der Stadtpolizei sei aufgefallen, dass das Fahrverbot vermehrt missachtet werde. Die Stadtpolizei habe immer wieder versucht, das Fahrverbot durchzusetzen. Dieses Vorhaben sei aber jeweils am Widerstand der Geschäftstreibenden gescheitert. Die Stadtpolizei freue sich über jede Unterstützung von Seiten der Behörden bei der Umsetzung der geltenden Erlasse.

8. Frage, Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP): Der grosse Schnee, der allerdings sehr selten in unserer Region in dieser Menge fällt, hat offenbar unsere Stadtreinigung total überfordert. Es ist doch eigentlich schade, dass an unserem Hauptereignis des Jahres, der Fasnacht, sowie des weit über die Landesgrenzen hinweg bekannten und geliebten Chienbäseumzuges es nicht möglich war, die Route sowie die Trottoirs durch das Stedtli zu räumen. Ich kann ihnen versichern, dass alle ChienbäslererInnen und FürwägelerInnen sowie diverse weitere FasnächtlerInnen und weitere Helfer gerne bereit gewesen wären, den Schnee aus dem Stedtli zu beseitigen, um möglichen Unfällen vorzubeugen. Es hätte ein unkonventionelles Denken und Handeln gebraucht, aber es hätte funktioniert. Wie gedenkt die Stadt Liestal in Zukunft solche Probleme zu lösen?

Stadtträtin Marion Schafroth legt dar, die Strassenreinigung sei überfordert gewesen, aber so sei es allen Gemeinden gegangen. Niemand sei auf solche Schneemengen vorbereitet gewesen. Wie man in Zukunft in einem solchen Fall vorgehen wolle, müsse man noch besprechen. Die Haltung der Stadt sei dargelegt worden und sei vertretbar. Teile der Bevölkerung seien anderer Meinung. Man müsse mit allen Beteiligten zusammensitzen. Sicher seien Verbesserungen vorzunehmen. Man werde diese kommunizieren.

Zusatzfrage Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP): Es ging auch um den Nachmittagsumzug. Man musste die Route abändern.

Stadtträtin Marion Schafroth erläutert, es sei eine aussergewöhnliche Situation gewesen. Man habe Entscheide fällen müssen. Man habe diese nicht vorausbestimmen können; alle hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.

9. Frage, Peter Schäfer (FDP): Die 100-Meter-Aschenbahn oberhalb der Turnwiese beim Rotackerschulhaus hat sicher schon bessere Tage gesehen. Auch wenn heute eine Aschenbahn als Trainings- und Wettkampfstätte nicht mehr „in“ ist, so ist sie doch als Mooszucht-Anlage ebenso wenig geeignet. Bestehen Pläne, diese Bahn mit neuem Belag wieder in Betrieb zu nehmen, oder kann dieser Platz anderen Bedürfnissen zugeführt werden?

Stadtrat Lukas Ott bestätigt, die Aschenbahn habe schon bessere Tage erlebt. Im Zeitalter von Tartanbahnen sei sie nicht mehr sehr gefragt. Der Stadtrat wolle derzeit diesbezüglich nichts unternehmen. Die Anlage werde sich verändern, man wisse aber noch nichts Definitives. Wenn es einen originellen Vorschlag gebe, nehme der Stadtrat ihn gerne entgegen.

10. Frage, Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP): Durch die Aufhebung der Karton-Sammelstelle hat das Einkaufszentrum Liestal indirekt an Kaufkraft verloren, denn viele Liestalerinnen und Liestaler, welche an Samstagen nach der Karton-Entsorgung im Werkhof im Stedtli Einkäufe tätigten, werden nach Bubendorf „umgeleitet“. Weil in unmittelbarer Nähe der dortigen Sammelstelle attraktive Einkaufsmöglichkeiten bestehen, werden die Einkäufe nicht mehr in Liestal, sondern in Bubendorf getätigt. Die negativen Folgen für die Umwelt durch viele zusätzliche Autofahrten seien hier auch noch erwähnt.

Frage 1: Hat der Stadtrat diese negativen Folge-Erscheinungen durch die Aufhebung der Sammelstelle bewusst in Kauf genommen?

Frage 2: Ist er bereit, zu überprüfen, ob die Aufhebung wirklich im Gesamtinteresse von Liestal liegt?

Stadträtin Marion Schafroth hält zur ersten Frage fest, sie habe die Folgeerscheinungen als positiv angesehen. Private könnten ihren Karton nun vor die Türe stellen, das sei ökologisch sinnvoll. Die Leute würden in diesem Zusammenhang zwar nicht mehr einkaufen gehen, das sei richtig; vielleicht würden sie stattdessen an einem anderen Tag ins Stedtli gehen. Von der Stadt aus hätte man die Sache anders angesehen. Zur zweiten Frage: Die Verwaltung prüfe alle Massnahmen laufend. Bis Ende Dezember 2008 werde dieser Prozess abgeschlossen sein. Auch der Entscheid bezüglich der Kartonentsorgung werde überprüft und könne geändert werden.

11. Frage, Regina Vogt (FDP): Ich stelle fest, dass im Brunnen des Wehrmannsdenkmal seit mehr als zwei Jahren kein Wasser mehr fliesst. Der Brunnen liegt auf der westlichen Seite zum Regierungsgebäude, erbaut vom Künstler Jakob Probst, und ist Denkmal der Soldaten des ersten und zweiten Weltkrieges sowie Grabstätte des Bildhauers selber. Bei Stedtliführungen findet meist genau vor dem Brunnen ein Halt statt, um auf die historische Bedeutung hinzuweisen. Mit Schrecken fällt einem dabei der absolut verwehrlose Zustand des Brunnens auf, der ohne Wasser ist, dafür gefüllt mit viel Unrat.

Wer trägt die Verantwortung für diesen an sich schönen und erhaltenswerten Brunnen und wie gedenkt der Stadtrat auf diese Problematik zu reagieren? Wie ich gehört habe, möchte sich inzwischen auch die Zunft zum Stab zur Erhaltung des Brunnens engagieren. Ich denke, das Wehrmannsdenkmal müsste auch Teil eines kulturell attraktiven Stedtli sein.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, der Brunnen gehöre dem Kanton. Zuständig sei das Hochbauamt. Es habe bereits eine Expertise gemacht. Man habe ein Senkungsproblem festgestellt, weitere Expertisen seien notwendig. Das Konzept zur Sanierung werde etwa in einem Jahr vorgelegt. Der Stadtrat wolle beim Kanton vorstellig werden und sehen, ob man die Sache beschleunigen könne.

12. Frage, Marie-Theres Beeler (GL): Am Montag, den 3. April 2006, ist zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres an der Rösernstrasse ein ca. 4 Meter hohes und 5 Meter breites Gerüst mit einer Immobilienwerbung auf die Strasse gefallen. Die Installation ist lebensgefährlich. Zum Glück hat beide Male zum Zeitpunkt des Umfallens niemand die Strasse passiert. Kann und wird die Stadt der Firma, welche diese Werbung angebracht hat, verbieten, diese weiterhin stehen zu lassen?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Frage sei knapp hereingekommen. Die Stadt habe aber bereits mit der betreffenden Firma Kontakt aufgenommen. So etwas dürfe nicht sein. Es handle sich um eine schwere Tafel. Das Reglement regle präzise, wie so etwas montiert sein müsse.

13. Frage, Philipp Senn (SP): Im Rahmen des eidgenössischen Turnfestes 2002 war die Benützung des Sportplatzes der Zollschule erlaubt. Damals ist die Idee entstanden, dass die

Stadt Liestal bzw. die Liestaler Sportvereine diesen Platz zu Randzeiten, vor allem abends, nützen könnten. Als Gegenleistung wurde damals die Pflege des Rasens vorgeschlagen. Die zuständigen Stellen seitens des Bundes sind auf diesen Vorschlag allerdings nicht eingetreten. Wäre es angesichts der prekären Platzverhältnisse gewisser Vereine allenfalls angezeigt, diese Idee in entsprechender Form nochmals aufzunehmen?

Stadtrat Lukas Ott erwidert, dies sei dem Stadtrat so nicht bewusst gewesen. Er werde der Sache nachgehen.

14. Frage, Erika Eichenberger (GL): Der Mittagstisch im Gymnasium Liestal wird von Familien im Quartier sehr geschätzt und gut genutzt. Das familienfreundliche Angebot entspricht ganz offensichtlich einem Bedürfnis. Viele Familien hoffen nun, dass bald in weiteren Quartieren Mittagstische angeboten werden. Sind konkret weitere Mittagstische in Planung und wenn ja, auf wann sind diese geplant?

Stadtrat Lukas Ott legt dar, der Mittagstisch im Gymnasium existiere seit vier Jahren und sei gut etabliert. 23 Schülerinnen und Schüler seien derzeit angemeldet. Der Transfer aus anderen Quartieren funktioniere aber nicht so, wie man sich das vorgestellt habe. Es sei ein Mittagstisch des Sichertern-Quartiers. Die Stadt wolle weitere Mittagstische einführen. Sie gehe davon aus, dass es insgesamt drei brauche, die von den Schulhäusern aus erreichbar seien. Im Fraumattquartier werde im Sommer ein Mittagstisch eingeführt. Man müsse noch klären, ob man bezüglich der Mahlzeiten eine externe oder eine interne Lösung wolle.

Zusatzfrage Adrian Mächler (FDP): Wie gross ist bei den Teilnehmenden am Mittagstisch des Gymnasiums der Prozentsatz aus dem Sicherternquartier? Und wie steht es mit der bereits diskutierten Idee, einen zentralen Mittagstisch im Jugendtreffpunkt Joy einzurichten?

Stadtrat Lukas Ott sagt, von den 23 Teilnehmenden seien 21 aus dem Sicherternquartier. Die Idee eines zentralen Mittagstisches sei verlockend, aber die Schülerinnen und Schüler müssten dann aus ihrem Quartier heraus. Man müsse sie im Quartier verpflegen. Eine zentrale Lösung schaffe keine Abhilfe. Bei drei Mittagstischen hätte man eine gute Abdeckung. Der dritte Mittagstisch müsste im Frenkenquartier sein. Man könne ihn beispielsweise mit dem Altersheim verknüpfen. Man müsse Kooperationen suchen, um Infrastrukturkosten zu sparen.

15. Frage, Marie-Theres Beeler (GL): Wir haben einen Zwischenbericht über die Fortschritte des MigrantInnenparlamentes - oder wie immer es heissen wird - erhalten. Soweit ich informiert bin, ist die Findung einer gemeinsamen Ausrichtung für die VertreterInnen unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Hintergründe nicht einfach. Mir wäre es wichtig, dass die Sache nicht aufgrund interkultureller Probleme, die in einem solchen Zusammenhang ja ganz normal sind, scheitert. Wer ist von politischer Seite her zuständig, dass das MigrantInnenparlament unterstützt wird? Wer ist verantwortliches Ansprechgremium, falls die Gruppe Hilfe braucht?

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, die Stadt habe eine Integrationskommission, die beratende Funktion für den Stadtrat habe. Es bestehe eine Arbeitsgruppe, die versuche, in Richtung eines Migrantenparlamentes zu stossen. Es sei auch vorstellbar, dass es eine Art Forum geben werde. Das Thema Patenschaft sei noch in Diskussion. Zahlenmässig sei die Arbeitsgruppe zwar gebröckelt, qualitativ habe sie aber eine Wertsteigerung erfahren. Sie sei sehr interkulturell zusammengesetzt mit Vertretern diverser Religionen. Der Lead liege bei Marc Gusewski. Es gebe bereits ein Leitbild. Die Verbindung zur Gemeinde seien Stadtverwalter Roland Plattner und er selbst. Er wolle das Postulat nicht abschreiben, vor den Sommerferien werde es nochmals einen Zwischenbericht geben. Die Migrantinnen und Migranten sollten sich Zeit nehmen können. Sie hätten oft grosse Mühe, in das hiesige Denken hineinzukom-

men. Man wolle ihnen aber diese Chance geben sowie die Möglichkeit, aus eigenem Elan etwas zu entwickeln. Es sei eine Frage der Geduld.

Zusatzfrage Danielle Schwab (SP): Wie ist das Geschlechterverhältnis in dieser Arbeitsgruppe?

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, die Gruppe sei gut durchmischt, eventuell habe es etwas mehr Männer.

16. Frage, Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP): Die vor nicht allzu langer Zeit neu erstellte Gartenstrasse ist an mehreren Stellen regelrecht eingebrochen. Überhaupt scheint der untere Teil der Strasse in Schiefelage geraten zu sein. In der Zwischenzeit wurde der Belag notdürftig ausgeebnet. Was sind die Ursachen für diese Einbrüche und hätten die Schäden durch das Ergreifen geeigneter Massnahmen nicht verhindert oder reduziert werden können? Wann ist die definitive Instandstellung geplant? Wie lange dauert die Instandstellung? Mit welchen Verkehrsbehinderungen ist zu rechnen? Wie hoch sind die Kosten und wer trägt diese?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, im Mitteilungsblatt „Liestal aktuell“ sei ein Bericht des Stadtbauamtes über den Wasserleitungsbruch in der Gartenstrasse erschienen. Hier finde man die Antwort. Die Ursache für den Einbruch sei nicht klar. Die Leitung sei etwa 40 bis 45 Jahre alt. Das sei kein hohes Alter. Es handle sich um eine Gussleitung, die sehr gut erhalten gewesen sei. Trotzdem sei sie gebrochen. Wenn man sie neu gemacht hätte, hätte dies zwar rund CHF 100'000.- gekostet, dann wäre sie aber nicht gebrochen. Die Sanierung werde demnächst durchgeführt. Die Dauer der Instandstellung sei nicht abschätzbar. Sicher müsse der Verkehr einspurig geführt werden. Die Kosten könne man noch nicht abschätzen. Die Stadt müsse für die Kosten aufkommen.

Zusatzfrage Jürg Holinger (GL): Eingangs der Fragestunde kam ein Hinweis zu den formalen Rahmenbedingungen der Fragestunde. Wie soll man Fragen stellen, damit das Präsidium sie besser akzeptieren kann?

Marie-Theres Beeler (GL) sagt, man solle kurze Fragen stellen.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) weist darauf hin, dass die Fragestunde gemäss Geschäftsreglement für den Einwohnerrat in der Regel 30 Minuten daure.

Schlussbemerkungen

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, am 26. April 2006 finde keine Einschaltsitzung statt. Zweitens habe er in der Pause mit Stadtverwalter Roland Plattner besprochen, ob es zum Geschäft Quartierplan Bahnhof 1 eine zweite Lesung brauche. Die gleiche Diskussion habe man bereits im vergangenen Jahr bei der Vorlage „Waldbaulinienplan im langen Hag“ (Nr. 2005/55) geführt. Damals sei man zum Schluss gekommen, dass es eine Interpretationsfrage sei. Die relevanten Gesetzesbestimmungen seien § 6 der Gemeindeordnung und § 76 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat. Man habe festgehalten, dass das obligatorische Referendum nur dann bestehe, wenn der Einwohnerrat die jeweilige Vorlage mit weniger als vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder beschliesse. Damit sei klar, dass es zu diesem Geschäft keine Volksabstimmung geben werde und der Rat deshalb auch keine zweite Lesung abhalte. Der Quartierplan Bahnhof 1 sei demnach genehmigt.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) betont, er habe die Frage nur aufgeworfen, um sicherzugehen, dass rechtlich alles sauber ablaufe.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) erkundigt sich, ob sich jemand zu den neu eingereichten Vorstössen äussern wolle.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) legt dar, sein Vorstoss betreffend Änderung der gebührenpflichtigen Parkierungszeiten (Nr. 2006/87) sei folgendermassen entstanden: Ab 7 Uhr müsse man auf den Parkfeldern der Stadt zahlen. Ein Einwohner, der um 7.15 Uhr in sein Auto gestiegen sei, um zur Arbeit zu fahren, sei um 7.03 Uhr gebüsst worden. Das sei eine unbefriedigende Situation.

Adrian Mächler (FDP) fügt hinzu, er wolle sich nochmals zum Thema Begegnungszone äussern. Wenn er etwas sage, sage er es nur zu diesem bestimmten Punkt und zu nichts anderem. Das heisse nicht, dass flankierende Massnahmen nicht möglich seien.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) schliesst die Sitzung mit einem Zitat von Johann Peter Hebel: *Ohne einen kürzesten Tag warteten wir auf den längsten vergebens.*

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hans Brodbeck

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon